

5-22

44, 1918

Der Landesstreik in der Schweiz

(11. bis 14. November 1918)

Seine Vorbedingungen, der Verlauf
und seine Lehren

von

Friedrich Schneider

Redakteur



Preis 35 Cts.

Verlag Buchhandlung Arbeiterbund :: Basel 1918

G 23/7

Schweiz. Gewerkschaftsbund
BERN, Monbijoustr. 61

6

Die Vorbedingungen.

Die Mehrzahl der bürgerlichen Politiker und ihre Presse erklärten den Landestreik aus der „Wühlarbeit“ einiger weniger, Leuten, die auf Geheiß des Auslandes und mit ausländischem Geld gearbeitet hätten. Es ist hier nicht der Ort, diese Verleumdungen neuerdings zurückzuweisen. Denkende Menschen finden in diesen Behauptungen keine Erklärung für das großartige Phänomen, das sich im Laufe der letzten Woche in unserem Lande zeigte. Sie sagen sich ohne weiteres, daß die Mitglieder des Ulterer Aktionskomitees Halbgötter, mit einer übernatürlichen Beeinflussungsgabe, oder die Masse der Streikenden urteils- und willenlose Geschöpfe sein müßten, wäre die oberflächliche Beurteilung des politisierenden Bürgertums richtig.

Unnötig, der Arbeiterschaft zu sagen, daß beides unrichtig ist. Weder Halbgötter, noch urteilslose Massen sind im tiefsten Grunde für den Ausbruch des gewaltigen und das Proletariat erhebenden Kampfes verantwortlich zu machen. Die Gründe liegen in den ökonomischen, politischen und psychologischen Verhältnissen unserer Zeit. Sie sind der Gipfelpunkt einer Entwicklung, die in der Hauptsache während des Krieges ein rasendes Tempo unter der Einwirkung der bürgerlich-kapitalistischen Politik annahm. Hier betrachten wir unsere Aufgabe darin, die ökonomischen, politischen und psychologischen Ursachen des Streikes in Kürze objektiv darzuliegen;

wenn es nur ist, um den Beweis zu erbringen, wie oberflächlich das Bürgertum und seine Honorationen in einer Zeit gewaltigster Umwälzungen urteilen. Dabei setzen wir voraus, daß jeder Leser die Lage des Arbeiters vor dem Kriege und die Stellung der modernen Arbeiterbewegung zu Kapital und Arbeit kennt, so daß uns nur eine Betrachtung der Verhältnisse während des Krieges nötig erscheint.

Als in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 der Weltkrieg zur blutigen Tatsache wurde, da bekam die Arbeiterschaft schon einen Vorgeschmack ihrer Behandlung. Im Schützenfestredentou wurde von Behörden und Bürgertum zur Einigkeit gemahnt. Man proklamierte den Burgfrieden auch bei uns, von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften allerdings nie anerkannt. Als die patriotischen Wogen am höchsten gingen, bekam die Arbeiterschaft ihr Variadasein am deutlichsten zu fühlen. Das zahlungsfähige Bürgertum stürmte die Lebensmittelläden, kaufte ein, was zu erhaschen war und trieb damit von einem Tag auf den anderen die Preise stark in die Höhe. Der Arbeiter, bisher schon gezwungen, von der Hand in den Mund zu leben, verfügte nicht über Bargeld, um in gleicher Weise vorzugehen, ganz abgesehen davon, daß Tausende das Unmoralische einer solchen Handlungsweise erkannten. Sie durften dann, bei einem Mangel am Nötigsten, hohe Preise anlegen. Die wirtschaftlich schwächste Klasse wurde am meisten mitgenommen, am rücksichtslosesten behandelt.

Hand in Hand damit ging ein Sturm auf die Banken. Die bürgerlichen Angstmeier stürzten auf die Geldinstitute und verlangten ihre Ersparnisse zurück. Damit schufen sie die

Unmöglichkeit, genügend flüssige Mittel bereit zu halten, um die Arbeiter zu entlöhen. Zu den künstlich hinaufgetriebenen Lebensmittelpreisen gesellte sich der absolute Mangel an Mitteln, weil viele Unternehmer nicht in der Lage waren, Zahltag zu machen. Aber damit nicht genug! Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen wurden existenzlos, weil der Unternehmer einfach die Pforten seines Etablissements schloß, ohne Rücksicht auf die Existenz seiner Lohnsklaven. Bei dieser Operation wurden nicht einmal die gesetzlichen Kündigungsfristen eingehalten. Brutal schmiß man die Arbeiter, wie eine ausgepreßte Zitrone, aufs Pflaster, wähennd, sie vorläufig nicht mehr zu gebrauchen.

Andere Unternehmen verlängerten im Vollgefühl ihres Herrn-im-Hause-Standpunktes die Arbeitszeit und setzten die Löhne herab. Tarifverträge wurden behandelt wie die belgische Neutralitätsgarantie durch Deutschland. Ungezählte Beispiele ließen sich für diese Vorgänge anführen. Seither hat man versucht, sie als Einzelvorgänge hinzustellen. Diese Geschichtsfälschung gelingt nicht, da in den Archiven unserer Gewerkschaftsorganisationen und Arbeiterssekretariaten das einwandfreie Material gesammelt ist. Das Unternehmertum, das sich durch die immer stärker werdenden Gewerkschaften beengt fühlte, wollte diesen Ring im Interesse seines Portemonnaies sprengen. Dafür schien ihm die Zeit des Kriegsausbruches am günstigsten zu sein. Das Durcheinander des wirtschaftlichen und politischen Lebens hatte auch die Gewerkschaften geschwächt und sie den Anschlägen der Unternehmer gegenüber weniger widerstandsfähig gemacht.

Aber nicht nur die Arbeiter der privaten Betriebe wurden derart behandelt. Der Staat selbst trat nicht weniger brutal auf. Der vom Freisinn beherrschte Bund entließ die Aus- hilfsarbeiter. Die gesetzlichen Lohnaufbes- serungen wurden sistiert und seither nie nach- bezahlt. Für den im Interesse des bürgerlichen Staates geleisteten Militärdienst wurde der Lohn vielerorts in Abzug gebracht, währenddem die oberen Zehntausend ihr bürgerliches Einkommen weiter erhielten, das sie mit einem hohen Of- fizierssold ergänzten. Der lange Militär- dienst, bei kleinem, trotz unseren Reklamationen zunächst nicht erhöhtem Sold und geringer Militärotunterstützung, untergrub die schwache wirtschaftliche Position der Arbei- terschaft vollends.

Schon in diesen, uns heute so fern scheinenden Tagen und Wochen ist der Grund zu der immer stärkeren Radikalisierung der Massen zu suchen, die gefördert wurde durch den unab- lässigen und lange Zeit völlig nutzlosen Kampf gegen diese schauerhaften Zustände. Parallel mit dieser ökonomischen Entwurzelung großer Massen im Moment des Kriegsausbruchs ging die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien. Zu der wirtschaftlichen Entrechtung trat die politische. Volksini- tiativen vergrub man in Schubladen, dem Bun- desrate wurden außerordentliche Vollmachten erteilt. Die politischen Rechte des Volkes trat man mit Füßen. Die bürgerliche Mehrheit der Bundesversammlung schaltete und waltete wie es ihr beliebte. Sie ließ Volksrechte Volksrechte sein und hatte nur das Bestreben, sich selbst so lang, als möglich am Ruder zu halten.

Mit diesen Verbrechen am Volk und an sei- nen Lebensinteressen trat unser Land in die

Epöche des gewaltigsten Krieges ein, der die Einleitung zu einer gründlichen Umwälzung des ökonomischen und politischen Seins wie auch der Psychologie der Massen bedeutete. An der Schwelle dieser Umwälzungen finden wir in unserem Lande Verbrechen gegen die Demokratie und die Existenz des Großteils des Volkes; so zeigt sich uns, objektiv betrachtet, das Bild des Kriegsausbruches.

Zeigte sich schon in den ersten Tagen und Wochen des unseligen Krieges, wie vom Bürgertum der Burgfriede gedacht, was von seinem bei jeder Gelegenheit zur Schau gestellten Patriotismus zu halten war, sollten in der Folge seine wahren Absichten immer deutlicher ans Licht treten. Nicht die Einigkeit und das Wohlergehen aller Volksgenossen war sein Programm. Eine heispielslose Jagd nach Reichtum setzte ein. Die Schwächung der Arbeiterorganisationen benützte man, um ungestört dem Profite nachjagen zu können. Während die Massen an der Grenze standen und nicht das Land des Arbeiters, sondern des Kapitalisten schützten, wurden im Hinterland die widrigsten Profitorgien gefeiert.

Die Unterbindung unserer Einfuhr und die damit verbundene Lebensmittelknappheit benützten die kapitalistischen Hyänen, um aus der Not des Volkes große Gewinne zu saugen. In der Geschichte unseres Landes werden diese Kriegsjahre immer ein Schandfleck bilden. Sie illustrierten die Lüge vom einigen Volk von Brüdern mit einem Realismus, wie er abschreckender nicht sein könnte. Fabrikanten und Händler ließen sich in ihrer großen Mehrheit allein von ihrem Profitinteresse leiten. Ob sie die Not und das Elend der Massen vergrößerten

ten, war ihnen gleichgültig. Ihre Praktiken wurden begünstigt durch die Wirtschaftspolitik des Bundesrates, der durch die außerordentlichen Vollmachten diktatorisch regierte.

Frühzeitig schon verlangten die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften, daß die Freiheit des Handels eingedämmt und für eine richtige Verteilung der vorhandenen und nach und nach wieder spärlich eingeführten Vorräte gesorgt werde. Anfangs wurden unsere Forderungen verachtet, und im Vertrauen auf ein baldiges Kriegsende erst unter dem Zwange der Not durchgeführt. Während der ganzen Kriegszeit war das unerbauliche und das Volk schädigende Schauspiel zu beobachten, daß die behördlichen Maßnahmen zu spät kamen. Die einheimischen Produzenten, die durch die zeitweilige Unterbindung und später erschwerte Einfuhr von Lebensmitteln eine Monopolstellung erlangten, nützten sie rücksichtslos aus. Ohne Rücksicht auf die Interessen der Konsumenten in den Städten trieb man die Preise in die Höhe. Nie hatte man in unserer Partei die Auffassung, daß der Bauer um die Früchte seiner Arbeit gebracht werde. Das Agrarprogramm der Partei zeugt davon, daß wir für die Lage der Bauern das nötige Verständnis haben und gewillt sind, an ihrer Verbesserung mitzuarbeiten. Der Weg aber, der von den Bauernorganisationen unter Führung von Saur und Konsorten eingeschlagen wurde, konnte und durfte unsere Billigung nie finden.

Die Konsequenzen ihrer Politik war nicht ein Ausgleich, sondern die Ausnutzung einer Monopolstellung auf Kosten der Konsumenten, des überwiegenden Teils des Schweizervol-

tes. Verbesserte sich die wirtschaftliche Lage der Bauern von Jahr zu Jahr, ging damit Hand in Hand eine Verelendung der Massen. Nicht eine Gesundung der ökonomischen Lage unseres gesamten Volkes trat ein, sondern eine Verschiebung auf Kosten der Ärmsten der Armen. Gegen diese Politik, von unseren Bundesbehörden unterstützt, führten wir einen leidenschaftlichen Kampf, ohne Erfolg zu haben.

Vor kurzem erst haben wir nach den Berechnungen Herrn Dr. Freudigers nachgewiesen, daß heute nur die 12 rationierten Lebensmittel für eine 5köpfige Familie einen Mehraufwand von Fr. 1231 oder 122,6 % gegenüber den Juni-preisen 1914 erheischen. Aber auch andere Bedarfsartikel sind im Preise gewaltig gestiegen, so daß die Lage des arbeitenden Volkes eine ganz schlechte wurde. Das Unternehmen war bemüht, sich diesen Verhältnissen lange Zeit ganz und später zum Teil zu entziehen. Die Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen, die mittelst der gewerkschaftlichen Kampfmittel erkämpft werden mußten, waren völlig ungenügend. Überall suchten sich auch die finanzkräftigen Unternehmungen ihrer Pflicht zu entziehen. Selbst der Staat, der eine solche, die kapitalistischen Interessen fördernde Politik zuließ, konnte sich nicht dazu aufschwingen, die Einkommensverhältnisse der Ungestellten und Arbeiter, die er als Unternehmer beschäftigt, so zu verbessern, daß sie mit den gesteigerten Lebenskosten in Einklang kamen. Krauserig war auch in dieser Beziehung der kapitalistische Staat, der für den militärischen Aufwand Hunderte von Millionen ausgab, ohne mit der Wimper zu zucken. Das Arbeitszeitgesetz der schweizerischen Eisenbahner, einer dringenden Revision im Sinne der Ver-

kürzung der Dienst- und Präsenzzeit bedürftig, wurde verschleppt.

Seine Kriegsfürsorgemaßnahmen waren von allem Anfang an eine Halbheit und das Selbstgefühl des einzelnen verletzend. Er stellte sich auf den Boden der Klassen und suchte mit Almosen den größten Notstand zu lindern, wo er Recht schaffen sollte. Die Notstandsberechtigung muß mit weitläufigen dokumentarischen Beweisen nachgewiesen werden. Dazu kommen die Informationen über die Person und die Familien- und Vermögensverhältnisse des Petenten. Für den aufrechten, sich selbst achtenden Menschen, ist diese Methode eine fortwährende Tortur. Gleichzeitig aber konnten auf Schritt und Tritt die Zeugen der Bereicherung des Bürgertums beobachtet werden. Ein Luxus wurde entfaltet, wie nie zuvor. Der Mangel an Lebensmitteln, an dem die Arbeiterschaft fast zugrunde ging, wurde durch die zahlungsfähigen Hamster und Schieber verschärft, ohne daß rechtzeitig vorgebaut wurde. Die Industriegesellschaften verteilten fabelhafte Gewinne, während ihre Lohnkneven im Elend fast verkamen.

Parallel damit die politische Unterdrückung. Heute wirft sich das Bürgertum der Arbeiterschaft gegenüber zum Verteidiger von Demokratie und Recht auf. Während mehr als vier Jahren hat es seine politische Macht rücksichtslos in den Dienst seiner Profitinteressen gestellt. Es versuchte die Vertretung des arbeitenden Volkes durch Koalitionen aus den Behörden, die doch das ganze Volk vertreten sollten, fern zu halten. Eine Unmasse von politischen Skandalen wurde vertuscht oder in einer gegen jedes Rechtsempfinden verstoßenden Weise erledigt. Wir erinnern nur

an die Oberstenkandale und an die Bereicherungsaffären, vom Bundesrat in amtliche Stellungen berufener Personen. Der Militarismus, der die Zeit seiner Maienblüte gekommen wähnte, schoß immer üppiger ins Kraut. Uebergriffe auf Uebergriffe sind im Verlauf des Krieges zu verzeichnen. Das politische Bürgertum hielt in seiner Mehrheit seine schützende Hand über ihn. Durch diese Vorgänge wurde eine Klassenscheidung vollzogen wie nie zuvor. Die Klassengegensätze treten mit einer Klarheit und Schärfe zutage, um von jedem erkannt zu werden. Eine gewaltige Konzentration des Kapitals und damit eine Stärkung seiner Macht und seines Einflusses auf seine politischen Geschäftsführer auf der einen, eine Verelendung des arbeitenden Volkes und einen kompakteren Zusammenschluß des Proletariates auf der anderen Seite ist das Resultat dieser Entwicklung.

Daß damit eine tiefgehende Erregung und eine Umwälzung auch im Denken der Massen hervorgerufen wurde, ist klar, da sie nicht leblose Substanzen sind, sondern fühlen und leiden.

Veränderungen der Massenpsychologie.

Dauernde Not und Elend auf der einen, Luxus und Wohlleben auf der anderen Seite, mußten ihren Einfluß auf das Denken der Massen ausüben. Das ist denn auch der Fall in einer überraschenden Art und Weise. Zuerst wurden die Arbeitermassen von einer beispiellosen Erbitterung erfaßt, die sich bei einem

großen Teil bald in Erkenntnis der Zusammenhänge umsetzte. War in den ersten Kriegsjahren eine starke Depression in der Arbeiterschaft zu bemerken, wagte sie nicht, aus Furcht, ihre elende Existenz ganz zu verlieren, gegen das kapitalistische Regime aufzutreten, änderte sich das Bild nach den ersten anderthalb Kriegsjahren. Die Massen erkannten die Notwendigkeit des Kampfes gegen die ihnen feindlichen Gewalten.

Von da an ist der Aufschwung unserer Bewegung zu verzeichnen. Die Gewerkschaften nahmen an Mitgliedern ständig zu, die Agitation war nie so ergiebig, wie seit damals. Man denke nur an den Aufschwung der dem schweizerischen Gewerkschaftsbund angehörenden Organisationen. Warf der Kriegsausbruch die Mitgliederzahl des Gewerkschaftsbundes von rund 90,000 auf etwas mehr als 60,000 zurück, so kann er heute rund 200,000 Mitglieder mustern. Ein Beweis, daß sich im Denken der Massen eine gewaltige Veränderung vollzogen hatte. Solcher Beweise gibt es noch andere.

Auch die politischen Organisationen nahmen an Mitgliedern zu. Alle stattgefundenen Wahlen zeigten ein starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen und eine Vermehrung ihrer Mandate. Der politische Geschäftsführer der wirtschaftlichen und politischen Reaktion, der Freisinn, wurde mehr als einmal empfindlich geschlagen. Die Parteipresse erhöhte ihre Leserschaft in ungeahntem Maße. Aber nicht nur das! Der Kreis unserer Bewegung dehnte sich auf Kategorien aus, die uns vor dem Krieg fern standen oder direkt feindlich waren. Das Personal der eidgenössischen Betriebe wurde durch die Politik des Bundes mit der privaten

Arbeiterchaft unlöslich verbunden. Mehr und mehr sah man ein, daß auf andere Weise nichts zu erwarten sei. Nur die Vertretungen der Arbeiter in den kantonalen und eidgenössischen Räten traten rückhaltlos für die Interessen der Staatsarbeiter- und -angestellten ein. Der Krieg hat ferner eine Proletarisierung von Massen herbeigeführt, die sich vorher zum Mittelstand rechneten. Auch hier vollzogen sich unter dem Eindruck der Vernichtung ihrer bisherigen ökonomischen Basis starke Veränderungen im Denken. Unsere Bewegung erfaßte immer weitere Kreise, und zwar fast mühelos.

Gleichzeitig mit dem wachsenden Einfluß unserer Bewegung, dem Zusammenschluß des arbeitenden Volkes verstärkte sich die Reaktion. Der Druck von unten erzeugte den Gegendruck von oben. Der Einfluß des Finanz- und Industriekapitals auf das politische Bürgertum wurde immer entscheidender. Die bürgerlichen Parteien wurden mehr und mehr die Handlanger des Finanz- und Industriekapitals. Unsere Erfolge mußten aus diesem Grunde trotz der größeren Macht immer geringer werden. Auch diese Tatsache rief neuen Gedanken über die Taktik der Bewegung. Es zeigte sich, daß der wirtschaftliche Kampf nicht scharf vom politischen zu trennen war. Gewerkschaften und Partei mußten in engere Fühlung miteinander treten, gemeinsam gegen die reaktionäre Politik ankämpfen.

In den Kreisen der klassenbewußten Arbeiter brach sich die Ueberzeugung Bahn, angesichts der nicht zu bestreitenden Tatsachen, daß mit den überlieferten Mitteln der Demokratie eine Aenderung nicht zu vollziehen sei. Die außerordentlichen Vollmachten

des Bundesrates ließen von außen irgendeine ausschlaggebende Beeinflussung mit parlamentarischen Kampfmitteln nicht zu. Es konnte nach Wochen und Monaten an den getroffenen Maßnahmen Kritik geübt werden, am tatsächlichen Zustand trat eine Aenderung nicht ein. Von uns wurde das Ernährungsamt und eine angemessene Vertretung in der beigegebenen Kommission verlangt. Es ging Jahre, bis sich der Gedanke durchsetzte, wobei dann die Arbeiterschaft erst noch um ihre Rechte betrogen wurde. Ist es zu verwundern, daß sich die Ueberzeugung überall festsetzte, daß mit den überlieferten Kampfmitteln nicht zum Ziele gelangt werden könne? Immer stärker festigte sich in der klassenbewußten Arbeiterschaft die Ueberzeugung, daß sie nur im Großkampfe zu ihrem Rechte kommen könne. Das Mittel des Generalstreiks, das als politische Waffe von uns nie abgelehnt worden war, erwarb sich immer mehr Anhänger. Je schärfer der Kampf, je mehr die Anschläge der Behörden den Lebensnerv der Arbeiterschaft trafen, desto lauter erscholl der Ruf nach gleichwertigen Kampfmitteln.

So wurde der geistige Boden für eine Auseinandersetzung auf der ganzen Linie zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse durch die Politik der Bourgeoisie vorbereitet. Der eingelegte Same wuchs um so rascher heran, als die Lage der Arbeiterschaft immer unerträglicher, die Gewinne der Kapitalisten von Monat zu Monat größer wurden, während gleichzeitig das Proletariat anderer Länder den Kampf um seine Befreiung führte. Die gewaltige wirtschaftliche und politische Umwälzung in Rußland, später in Oesterreich und Deutschland, übte einen großen Einfluß auf die

Massen aus. Nicht Umtriebe ausländischer Personen, nicht der rollende Rubel waren die Ursache, sondern die faszinierende Tatsache, daß im Riesenreich Rußland das Proletariat die politische Macht ausübt, der Glaube an die Kraft und Stärke unserer Bewegung.

Dabei hat sich unsere Partei nie mit dem Bolschewismus identifiziert, der aus durchsichtigen Gründen von der Presse des Bürgertums mit Raub und Mord auf eine Stufe gesetzt wurde. Wir machten in der Beurteilung der Mittel und Wege, die von der proletarischen Macht in Rußland angewendet werden, immer unsere Reserven. Wir kämpften immer dagegen, daß russische Methoden, die aus den dortigen Verhältnissen erwachsen mußten, kritiklos auf unser Land übertragen werden. Aber als grandiose Bewegung des Proletariats von größter internationaler Bedeutung, verleumdet und in den Kot gezogen, flößte sie jedem Klassenbewußten Arbeiter Bewunderung ein.

Unsinnig sind ihre führenden Personen besudelt worden, maßlos wurden die von unserem Standpunkt aus gemachten Fehler übertrieben, begangene Verbrechen einzelner Personen der Bewegung zur Last gelegt. Kein Mittel war unserer Bourgeoisie zu schlecht, um nicht gegen den Bolschewismus gebraucht zu werden. Damit sollte Abscheu in den Massen vor unserer Bewegung, die man bald mit dem Bolschewismus wider besseres Wissen identifizierte, erregt werden. Die Hege gegen die Bolschewiki ist ein Kampfmittel des Bürgertums gegen die Klassenbewußte schweizerische Arbeiterschaft. Es fürchtet den freiheitlichen Einfluß der prole-

tarifchen Revolutionen auf die ausgebeuteten und unterdrückten Arbeitermassen. Es sieht den Profit in Gefahr.

Das Oltenener Aktionskomitee und seine Taktik.

Die Erkenntnis der Arbeiterschaft, daß nur der entschlossene Großkampf nicht nur die Endziele, sondern auch die Gegenwartsforderungen zu verwirklichen vermöge, mußte früher oder später auch ihren organisatorischen Ausdruck finden. Schon in den ersten Kriegsjahren erhob sich da und dort die Forderung eines engeren Zusammenschlusses der Partei und der Gewerkschaften. Letztere hätten ihre formelle Neutralität aufzugeben und geschlossen mit der Partei für die sozialistischen Ziele, die mit den Interessen der Arbeiterschaft identisch sind, den Kampf zu führen. Was damals noch abgelehnt wurde, geschah unter dem Druck der Verhältnisse. Der Großkampf wurde von unseren Gegnern eröffnet, die auch unsere Taktik bestimmten.

Veranlassung dazu war der Anschlag auf die Arbeitsfreiheit des Arbeiters. Durch die Einführung der Zivildienstpflicht wollte man der Arbeiterschaft das Rückgrat brechen, ihren letzten Rest von Freiheit beseitigen. So sehr auch die Notwendigkeit einer vermehrten Lebensmittelproduktion anerkannt wurde, durfte sich das schweizerische Proletariat diese Ausnahmebehandlung nicht gefallen lassen. Formell war zwar die Zivildienstpflicht eine allgemeine. Bürger und Bürgerinnen aller Gesellschaftsklassen sollten ihr unterworfen wer-

den. In der Praxis aber mußte sie zu einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter werden. Brauchbare Arbeit im Interesse der Lebensmittelversorgung hätte nur von ihnen geleistet werden können, so daß aus rein praktischen Erwägungen es zu einer Ausscheidung aller zu körperlicher Arbeit nicht befähigter Elemente gekommen wäre. Damit aber war der Klassencharakter der geplanten Maßnahme gegeben. Uebrigens wurde tatsächlich durch die Verwendung der Hilfsdienstpflichtigen, Refraktäre und Deserteure zu Meliorationsarbeiten dieser Charakter festgestellt.

Die auch in unserem Lande immer frecher werdende Reaktion, die bereits die Freizügigkeit des Arbeiters durch Auswanderungsverbote illusorisch gemacht hatte, suchte das Proletariat vollends zu knebeln.

Gegen diese Absichten setzte der Widerstand der Arbeiter ein. Dabei zeigte es sich, daß die Instanzen der Gewerkschaften und der Partei ein zu schwerfälliger Apparat sind, wenn es gilt, schnell und entschlossen zu handeln. Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Leitung der Aktionen wurde nun allgemein anerkannt. In einer Konferenz des Gewerkschaftsausschusses und der Geschäftsleitung der Partei, die in Ulten stattfand, wurde der entscheidende Schritt getan. Das Ultener Aktionskomitee entstand. Seine Aufgabe war zunächst, die Zivildienstpflicht zu erledigen und dann auch die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen und die Kampfmittel zu studieren. Die Zivildienstpflicht wurde begraben und die Arbeitsbedingungen der Refraktäre und Deserteure erträglich gestaltet und ihre Dienstpflicht zeitlich beschränkt.

In einer Konferenz vom 1. bis 3. März 1918 wurde Programm und Taktik des Aktionskomitees festgelegt. Das wirtschaftliche Programm spricht sich nach einer grundsätzlichen Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Kriegswirtschaft dahin aus, daß der Kampf gegen die Not nicht als separate Aktion geführt werden könne. „Er ist ein Teil des Kampfes um die Befreiung der Arbeiterklasse überhaupt. In letzter Linie muß das Ziel die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung sein.“ Der Kampf habe verschiedene Stadien zu durchlaufen, „aber immer muß neben der Beseitigung bestimmter Nachteile auch die Erringung der politischen Herrschaft das Ziel sein.“ Es wird dann festgestellt, daß die Sicherstellung der Volksernährung nicht zuletzt eine Organisationsfrage sei. Daraus wurde die alte Basler Forderung, es sei ein eidg. Ernährungsamt mit einem Beirat zu schaffen, abgeleitet. Die Verteilung der Produkte habe unter möglichster Ausschaltung des Privathandels und nach dem Grundsatz des Gewinnverzichts zu geschehen. Mindestlöhne in Gewerbe und Industrie, Preisfestsetzung für die Lebensmittel und Bedarfsartikel im Interesse der Konsumenten, allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit (Achtstundentag) waren weitere Forderungen. Daran reihte sich eine große Zahl sofort zu verwirklichender Postulate, die auf die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln Bezug hatten.

Entsprechend den Forderungen waren auch die in Aussicht genommenen Kampfmittel. Man war sich klar, daß die gestellten Forderungen innert möglicher Frist nicht mit nur parlamentarischen Kampfmitteln durchgeführt werden konnten, da sie teilweise an den Lebensnerv

der Profiterzeugung griffen. Als außerparlamentarische Kampfmittel wurde neben den Demonstrationsversammlungen der befristete und unbefristete Landesstreik in Aussicht genommen. Das Programm in bezug auf die Kampfziele wie auf die Kampfmittel wurde ausführlich erläutert.

Bald entbrannte der Kampf, als im Frühjahr die beabsichtigte Milchpreiserhöhung bekannt wurde. Der Milchpreis wurde durch eine Verständigung zwischen Volkswirtschaftsdepartement und den Produzenten-genossenschaften auf 40 Rappen festgesetzt. Dagegen nahm das Aktionskomitee in seinem bekannten Ultimatum an den Bundesrat Stellung, in dem es sich gegen jede Milchpreiserhöhung für die Konsumenten auflehnte und Uebernahme des Mehrpreises durch den Bund verlangte. Es wurde im Falle der Ablehnung die Vorbereitung des allgemeinen Landesstreikes angedroht. Die Bundesversammlung wurde einberufen, die den Milchpreis für die Konsumenten auf 36 Rappen festsetzte und den Mehrpreis zu Lasten des Bundes und der Kantone übernahm.

Trotzdem vorher eine Konferenz der Gewerkschaften, der Eisenbahner und der Partei beschloß, „für den Fall, daß diesem Begehren nicht entsprochen wird, erhält das Aktionskomitee den Auftrag, unverzüglich alle nötigen Schritte zur Durchführung des allgemeinen Landesstreikes einzuleiten“, kam eine spätere Konferenz der gleichen Organisation dazu, sich mit dem in der Bundesversammlung beschlossenen Kompromiß abzufinden und den Kampf nicht aufzunehmen.

Daraus scheint die Reaktion neuen Mut ge-

fogen zu haben. Das Asylrecht der politischen Flüchtlinge wurde durch einen Bundesratsbeschluss faktisch aufgehoben. Das Wirtschaftsprogramm der Berner Konferenz, das dem Bundesrate eingereicht wurde, verflocht man. Die Not der Massen vergrößerte sich zusehends; die Furcht vor dem Elend des Winters stieg. So kam es in Zürich zu großen Frauendemonstrationen, die dazu führten, daß es einer Frauendelegation ermöglicht wurde, im Kantonsrat die Wünsche der Massen darzulegen. Das Aktionskomitee rief in einer Proklamation vom 17. Juni die Arbeiterschaft zu Demonstrationen und Versammlungen auf, mit folgenden unmittelbaren Zielen: Verlängerung der Sommerfession der Bundesversammlung, die auseinandergehen wollte, ohne die Wirtschaftsfragen zu behandeln; schärfere und gleichmäßige Rationierung aller notwendigen Lebensmittel; einheitliche Organisation der Wirtschaftsversorgung in den Kantonen; Kontrolle und Erfassung aller vorhandenen Waren und Hamsterlager; Beschlagnahme und Ankauf der gesamten Kartoffelernte durch den Bund; Erweiterung der Notstandsaktion; uneingeschränkte Wiederherstellung des Asylrechtes.

Im Anschlusse an die Versammlung in Basel ereigneten sich die bekannten Krawalle; wenn auch nicht von den Massen ausgehend, immerhin die gespannte Situation illustrierend. In der Folge (am 12. Juli 1918) beschloß der Bundesrat, den kantonalen Regierungen das „Recht“ zu geben, öffentliche Versammlungen und Umzüge von einer polizeilichen Genehmigung abhängig zu machen und unter polizeiliche Kontrolle zu stellen. Das war die Aufhebung des Versammlungsrechtes. Ein

neuer Schlag der Reaktion gegen die kämpfende Arbeiterschaft.

Der Basler Arbeiterkongress und was folgte.

Diese Vorgänge veranlaßten das Aitener Aktionskomitee, einen allgemeinen schweizerischen Arbeiterkongress der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen unseres Landes einzuberufen, der am 27. und 28. Juli in Basel stattfand.

Ein Novum in der neueren Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung, aber aus der innerpolitischen Entwicklung erwachsen. In der Einladung des Aktionskomitees heißt es: „Jetzt gilt es, sich geschlossen zur Wehr zu setzen und kein Mittel unversucht zu lassen, das der Wahrung unserer Lebensinteressen dient.“ Und weiter: „Dieser Kongress hat zu Fragen von außerordentlicher Tragweite Stellung zu nehmen. Er wird über die geschichtliche Zukunft der schweizerischen Arbeiterbewegung entscheiden. Die herrschende Klasse soll wissen, daß die Arbeiterschaft trotz allen äußern Schwierigkeiten nicht gesonnen ist, auf die ihr durch die Verfassung gewährleisteteten, für ihren Existenzkampf unentbehrlichen Rechte zu verzichten.“

Vom Aktionskomitee wurden dem Bundesrat folgende elf Forderungen zugestellt:

1. Aufhebung des Bundesratsbeschlusses vom 12. Juli 1918 betr. die Unterstellung des Vereins-, Versammlungs- und Demonstrationsrechtes, sowie der Ausübung der Pressefreiheit unter die polizeiliche Kontrolle der Kantone.
2. Aufhebung des Bundesratsbeschlusses betr. die Zurückweisung fremder Deserteure an den Landesgrenzen.
3. Er-

richtung eines eidgen. Ernährungsamtes in Verbindung mit einem Beirat, in dem die Arbeiterschaft ihrer Bedeutung entsprechend vertreten ist. 4. Bessere Rationierung und Verteilung der Lebensmittel in Berücksichtigung der besonderen Ernährungsschwierigkeiten der arbeitenden Bevölkerung. 5. Streckung der Vorräte an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen durch Herstellung von Einheitswaren und Festsetzung von Einheitspreisen. 6. Konzeptionierung des privaten Großhandels und Kontrolle der Preisbildung unter Mitwirkung der Arbeiterschaft. 7. Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle durch eine zu konzeptionierende Einfuhr- und Verteilungsstelle der Arbeiterschaft. 8. Errichtung von paritätischen Lohnämtern mit der Befugnis, die Löhne wichtiger Industrien und Gewerbe regional oder kantonal zu ordnen. 9. Reduktion der Arbeitszeit durch Bundesratsbeschluß unter Berücksichtigung der durch die Ernährungsschwierigkeiten erfolgten Verminderung der körperlichen Leistungsfähigkeit. 10. Förderung des kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsbauwes durch Gewährung von Kapitalvorschüssen zu ermäßigtem Zinsfuß durch den Bund. 11. Nachsteuerungszulage und Vorschußgewährung an das eidgen. Personal sowie Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den eidgen. Betrieben und Lehranstalten.

Der Arbeiterkongreß betrachtete die dem Aktionskomitee auf seine Forderungen hin vom Bundesrat zuhanden des Kongresses erteilte Antwort als ungenügend. Er beauftragte das Aktionskomitee mit dem Bundesrat in Verhandlungen zu treten. „Für den Fall, daß der

Bundesrat nicht unverzüglich genügende Zugeständnisse macht, beschließt der Kongreß die Verhängung des allgemeinen Landesstreiks.“ Die Verhandlungen folgten, Konzessionen wurden gemacht. Die Mehrheit einer Konferenz des Aktionskomitees, des Gewerkschaftsausschusses und des Vorstandes der Partei betrachtete die Zugeständnisse als genügend und sah vom Kampfe ab, während eine Minderheit den Kampf auslösen wollte. Dieser Beschluß erfolgte unter dem Eindruck einer Entschließung der Eisenbahner, die sich tagsvorher auf einen ähnlichen Standpunkt stellten. Damit hatte neuerdings die Kompromißpolitik gesiegt.

In den Organisationen der Arbeiterschaft entstand eine starke Opposition gegen die Taktik der leitenden Instanzen, die zu scharfen Angriffen führte. Heute, nachdem der Bankerott dieser Politik offenkundig ist, muß auch an dieser Stelle, wo von uns immer dagegen gekämpft wurde, ihr Wesen aufgedeckt werden. Im Grunde genommen war es bei diesen Aktionen nur wenigen mit der Anwendung des Landesstreiks Ernst. Man hoffte durch die Androhung gewisse Konzessionen einzuhandeln. Die Kriegslage begünstigte diese Politik. Der Bundesrat durfte es zu einem offenen Kampfe nicht kommen lassen, weil er die Intervention kriegführender Mächte fürchtete. Das zwang ihn zu Konzessionen, die aber in ihrer Mehrzahl leere Versprechungen blieben oder direkt in einen Betrug der Arbeiterschaft ausliefen. (Ernährungskommission.) Die Anwendung rein gewerkschaftlicher Taktik, die sich im Kampfe einzelner Arbeitergruppen gegen ihre Unternehmer bewährte, mußte im außerparlamentarischen politischen Großkampfe scheitern.

Aber nicht nur die leitenden Instanzen hatten Schuld an diesen unerfreulichen und die Arbeiterbewegung diskreditierenden Ausgängen. Sie standen fortgesetzt unter dem Druck der industriellen Bevölkerungszentren, hauptsächlich Zürichs. Fortwährend wurden sie vorwärts getrieben. Das führte zu einer wenig ernsthaften Vorbereitung der Aktionen. Die Forderungen wurden so formuliert, daß eine sofortige und glatte Durchführung in den meisten Fällen eine Unmöglichkeit war. Soweit sie angenommen waren, handelte es sich um die Annahme im Prinzip. Alles hängt aber von der Ausführung ab. Und da hat die Arbeiterschaft die schändlichsten Erfahrungen machen müssen. Das ist einer der hauptsächlichsten Gründe für die Unzufriedenheit der Massen mit den Ergebnissen der Bewegungen und der Politik des Aktionskomitees. Die Kritik, die am Aktionskomitee geübt wird, richtet sich nicht zuletzt auch gegen diejenigen, die zur Ueberstürzung drängten.

Die schärfsten Kritiker waren sich bisher über die Taktik selbst nicht einig. Als die Milchpreiskampagne mit einem blauen Auge der Arbeiterschaft endete, kam von Zürich aus der Vorwurf, es sei unsinnig, eine solche Bewegung nur auf der Grundlage einer einzigen Forderung zu führen. Nach dem unbefriedigenden Ausgang der Sommerbewegung war wiederum das zu umfangreiche Programm schuld. Dabei muß heute erwähnt werden, daß die Zürcher selbst ein nicht weniger umfangreiches Forderungsbulletin beantragten. Diese Vorgänge sind ein Symptom dafür, daß in den Massen der Klassenbewußten Arbeiterschaft noch nicht die nötige Abklärung über die un-

mittelbar zu erstrebenden Ziele vorhanden war. Dadurch wird die Taktik der Mehrheit der leitenden Instanzen in den bisher besprochenen Bewegungen bis zu einem gewissen Grade begreiflich, wenn auch nicht gerechtfertigt. Die gleiche Entschuldigung kann aber für den Ausgang des hinter uns liegenden Landesstreikes nicht vorgebracht werden, denn hier wußten die Massen, was sie wollten. Die Führung vermochte aber nicht, die sich aus der Situation ergebenden Konsequenzen zu ziehen.

In der Zeit vom Basler Kongreß bis zum Ausbruch des Landesstreikes traten die Genossen Platten und Reichmann aus dem Aktionskomitee zurück, weil sie mit dessen Taktik nicht einig gingen. Das war ein Fehler! Wir stellten uns die Aufgabe, auszuhalten und im Interesse der Bewegung das Aktionskomitee vorwärts zu treiben, so lange es ging. Erst nach dem, nicht durch die Arbeiterschaft verschuldeten Zusammenbruch des Landesstreikes zogen wir die Konsequenzen, weil tatsächlich nicht nur der Streik, sondern die bisherige Taktik der Mehrheit, ein System zusammenbrach und nun eine neue Epoche zu beginnen hat. Wir werden darauf noch zu sprechen kommen.

Der Proteststreik.

Seit Wochen schon bemerkte der aufmerksame Beobachter, daß irgendeine reaktionäre Teufelei im Gange sei. Wie auf Kommando, nach einem einheitlichen Plane begann die niederträchtige Heze gegen ausländische Genossen, in der Hauptsache gegen die Soviet-

mission. Alle Schaudermärchen der französischen Imperialistenpresse gegen die Bolschewiki wurden in der bürgerlichen Presse, ins Größte verzerrt, breitgetreten. Mit Millionen russischem Gelde, das zur Anzettelung der Revolution dienen sollte, wurde jongliert und die harmlosesten Genossen in der drechsigsten Weise verleumdete. Als Genossin Balabanoff als Abgesandte des russischen „Boten Kreuzes“ in die Schweiz kam, heulte die bürgerliche Preszente wie wahnsinnig. Ausgerechnet sie, sollte ausgerüstet mit zehn Millionen Franken, in der Schweiz die Revolution entfachen und den Revolutionsbazillus über die Grenzen des Landes werfen.

Die gleichen Leute, die zum Kampfe gegen die ausländischen Sozialisten hetzten, standen bewußt oder unbewußt im Dienste des imperialistischen Auslandes. Die Spazepfeifen es von den Dächern, daß die Entente in Bern mehr wie einmal wegen der Duldung der Sovietmission vorstellig wurde. Die Clemenceaux, Lloyd Georges und Konforten fürchteten für ihre Herrschaft. Sie ahnten, daß die von ihnen bedrückten Völker dem Freiheitsgedanken, verkörpert durch die russische Revolution, zugänglicher sein könnten, als ihnen lieb ist. Hierbei spielte auch Italien eine entscheidende Rolle; das Land, dessen Sozialdemokratie seit Anfang des Krieges mutvoll den Kampf gegen seine imperialistischen Verbrecher führte.

Die Umwälzung in Deutschland ließ sie die unmittelbare Gefahr erkennen. Nicht mehr im fernen Osten brannte die Fackel der Revolution; sie war in bedrohliche Nähe gerückt. Die welsche Presse tobte wie wahnsinnig. Die unsinnigsten Gerüchte wurden verbreitet,

um das Schweizer Volk auf den kommenden Schlag vorzubereiten. Die Reaktion bediente sich des berühmten Zürcher Bezirksanwaltes Heußer, der die Funktionen eines eidgenössischen Untersuchungsrichters ausübt, als Werkzeug. Die Rolle dieses Herrn bedarf noch der Aufklärung. Sein ganzes Getue in Genf und später in Zürich läßt allerlei Schlüsse zu. Merkwürdig ist auf alle Fälle, daß er in einem der Entente erwünschten Moment von neuen Bombenfunden fabulierte und die Behörden zu einem Schlag gegen die Arbeiterschaft veranlaßte.

Wie der Blitz aus heiterem Himmel erfolgte das Bundesrätliche Truppenaufgebot und die Besetzung Zürichs. Die schauerlichsten Erzählungen wurden zur Rechtfertigung herumgeboren. In dunklen Andeutungen sprach man von geplanten Mordtaten, anläßlich der von der sozialdemokratischen Partei geplanten Revolutionsfeiern. Damit suchte die sich feige hinter den Kasernenmauern verkriechende Zürcher Regierung und der Bundesrat ihre Geseleien verständlich zu machen. Verhaftungen erfolgten. Weder in Zürich noch anderswo war in unseren Kreisen irgend etwas geplant, noch wußte man etwas von solchen Plänen. Seither ist nun bekannt geworden, daß der famose Herr Heußer den alten Kohn der bekannten Zürcher Bombenaffäre (Deutsches Konsulat, Gino Andrei), mit der die Arbeiterschaft in absolut keiner Beziehung stand, neu aufgewärmt der Regierung servierte, die ihm dann wirklich auch auf den Leim kroch.

Diese Herausforderung, die offensichtlich gegen die Zürcher Arbeiter gerichtet war, durfte man sich nicht bieten lassen. Mit anerkanntenswerter Promptheit trat das Aktionsko-

miten am 7. November zusammen und beschloß, die Arbeiterschaft bestimmter Orte für Samstag, den 9. November zu einem vierundzwanzigstündigen Proteststreik aufzurufen. Diese Sitzung bot allerdings nicht ein Bild der Geschlossenheit, wie es in einer solchen Situation erforderlich wäre. Zuerst lehnte man mit Mehrheit den beantragten Proteststreik ab. Der Schlag gegen die Arbeiterschaft sollte wiederum ruhig hingenommen, oder mit papiernen Protesten pariert werden. Die Minderheit war entschlossen, ihre eigenen Wege zu gehen. Nur dem energischen Eingreifen des Genossen Flg ist es zu verdanken, wenn der erste Beschluß annulliert, der Proteststreik beschlossen wurde.

Wenn uns auch seither bekannt geworden ist, daß die Zürcher Genossen den Proteststreik nicht begrüßten, so halten wir nach wie vor daran fest, daß er notwendig und einstweilen die richtige Antwort auf die Provokation der Behörden war. Er sollte ohne spezielle Forderungen lediglich ein Protest, eine Warnung an die Adresse der Behörden gegen ihre immer reaktionärer werdenden Machenschaften sein. Aus diesem Grunde verlegte man ihn auf Samstag. Damit sollte am Montag die geregelte Aufnahme der Arbeit ermöglicht werden, da die Zeit zu einem Kampfe auf der ganzen Linie noch nicht als gekommen schien. Schon darum sind die Behauptungen der Zürgerlichen hinfällig, daß ausgerechnet der Moment des Waffenstillstandes ausgesucht worden sei, um in unserm Lande den sozialen Großkampf zu entfesseln.

Auf der ganzen Linie setzte der Proteststreik ein. Es zeigte sich, daß die Arbeiterschaft kampfbereit war und den Willen hat, gegen

die Reaktion zu streiten. Wo die Streikparole rechtzeitig eintraf, ruhte die Arbeit vollständig. In einer beispiellos kurzen Zeit, ohne vorherige Vorbereitungen, setzten sich die Arbeiterbataillone in Marsch. Ebenso geschlossen, von Zürich abgesehen, nahmen sie gemäß der ausgegebenen Parolle die Arbeit wieder auf.

Weitere Truppenaufgebote erfolgten! Die Zürcher Genossen, erbittert über das gewalttätige Vorgehen des Militärs am Sonntag, den 10. November auf dem Fraumünsterplatz, beschloßen, den Kampf weiterzuführen. Mit 251 gegen 45 Stimmen faßte die Delegiertenversammlung der Arbeiterunion diesen Beschluß. Sie stellte zuhanden der Kantonsregierung und des Bundesrates bestimmte Forderungen. Wir sind der Ueberzeugung, daß auch in Zürich trotz allem der Kampfabbruch möglich gewesen wäre, hätte man sich rücksichtslos dafür eingesetzt und wäre das Vertrauen in das Aktionskomitee größer gewesen.

Damit war die Situation eine andere geworden. Das Aktionskomitee hatte zu den Ereignissen Stellung zu nehmen. Der Stein war im Rollen! Es handelte sich darum, ob die kämpfende Arbeiterschaft Zürichs sich selbst überlassen bleiben, ob man sie der Reaktion a u s - liefern sollte oder nicht. Der Rechtstitel zum ersteren wäre, rein formell betrachtet, für das Aktionskomitee vorhanden gewesen, denn auch die Zürcher Arbeiterschaft hat Disziplin zu halten und sich den Parolen des vom Arbeiterkongreß bestätigten Aktionskomitees zu fügen. Daß sie das nicht tat und auch die Eisenbahner in den Kampf zog, war ein Fehler. Damit war bereits der Keim zum Zusammenbruch der folgenden Aktion gelegt.

Der allgemeine Landesstreik.

Sonntag, den 10. November abends versammelten sich die Mitglieder des Oltenener Aktionskomitees, eine Delegation der schweizerischen Parteileitung und die in Bern anwesenden Mitglieder des Bundeskomitees des Gewerkschaftsbundes, um die Lage zu beraten und entsprechende Maßnahmen vorzulehren. Schon am Vormittag sprach eine Delegation des Aktionskomitees — Grimm und Flg — beim Bundesrat vor und forderte die Zurücknahme der Truppenaufgebote, auf die kampfbereite Stimmung der Arbeiterschaft hinweisend. Vergebens! Man wiederholte im Bundeshaus, wie bei jeder Gelegenheit, daß die getroffenen Maßnahmen nicht gegen die Arbeiterschaft gerichtet seien. Im übrigen wurde bedauert, der Forderung nicht entsprechen zu können.

Warheit war geschaffen! Ein Schlag gegen die Arbeiterschaft war geplant. Endlich wollte man seine Ruhe haben, die ständige Bedrohung durch das hungernde Volk mußte ein Ende nehmen. Das schlechte Gewissen ließ die Herrschaften Gefahren sehen, die entweder nicht bestanden, oder die man als Vorwand für die geplante Staatsaktion konstruierte. Die Ausweisung der Sowjetgesandtschaft und der Genossin Balabanoff, die immer noch Sekretärin der Zimmerwalderbewegung ist, sollte der Auftakt sein. Bei der Entente hatte man sich anscheinend versichert, ein Einmarsch war von ihrem Standpunkte aus nach dem militärischen Zusammenbruch der Centralmächte nicht mehr nötig, wenn der Bundesrat mit aller Rücksichtslosigkeit gegen den „inneren Feind“ vorging. Sie konnte sich das nun leisten. Der ungestörte

Fortbestand der heutigen Gewalten in der Schweiz ist für sie nicht mehr eine militärische, wie noch im Frühjahr, sondern eine politische Notwendigkeit. Die Schweiz ist — mit oder ohne Wissen der obersten Landesbehörde — zum Vorwerk des Ententeimperialismus gegen die soziale Revolution geworden. Die Regierung jenes Landes, das einen Tyrannenmörder als Nationalheld verehrt, hat die ihr zugedachte Rolle erfüllt; restlos erfüllt. Die Geschichte des Schweizervolkes aber ist um eine Schande reicher!

Und nun galt es, der reaktionären Entschlossenheit des Bundesrates, dem wir das Paktieren mit dem Auslande im Interesse des Geldsacks zutrauen, eine gleichwertige Macht entgegenzustellen. Nur kurz wurde in der entscheidenden Sitzung die Frage gestreift, ob der Moment zum Kampf gegeben sei. Die Meinungen waren geteilt. Der Kampf in Zürich, der zu weiteren Schlägen gegen die Arbeiterschaft entschlossene Bundesrat bestimmten das Handeln. Entweder jetzt den Kampf aufnehmen und mit aller Entschlossenheit führen, oder die Arbeiterschaft Zürichs wie des ganzen Landes der um ihre verfluchte Herrschaft zitternden Reaktion ausgeliefert zu sehen, so lautete die Alternative, vor der wir standen. Zur Entscheidung hatte das Aktionskomitee gemäß den Beschlüssen des Basler Arbeiterkongresses die Kompetenz.

Trotzdem gingen wir nicht fatalistisch in den Kampf. Alle Möglichkeiten wurden erwogen. Klaren Blickes, alles was kommen konnte vor Augen, wurde der Kampf beschlossen. Man komme uns heute, nach verlorener Schlacht — durch die Schuld der Führung verloren — nicht

damit, die Konsequenzen dieses Niesenkampfes seien zu wenig beachtet worden. Das wäre keine Entschuldigung, sondern ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Es wurde mit der Unsicherheit der weltlichen Schweiz gerechnet; wer hätte diesen Faktor nicht in seine Rechnung gestellt, wenn er die ententistisch-schaubinistische Stimmung kennt, die sich bis tief in die Arbeiterschaft hineinfräß? Die zum Neuesten entschlossene Haltung des Bundesrates war bekannt. Wir rechneten mit der Militarisierung des eidgenössischen Personals, weiteren Truppenaufgeboten, der Absicht, den legalen Streik mit allen Mitteln der Gewalt zu erzwingen, mit Zusammenstößen der bewaffneten Macht und der Menge.

Nur und bestimmt umrissen, standen uns alle Konsequenzen des Niesenkampfes vor Augen. Die unsicheren Kantonalisten vom Verein schweizerischer Eisenbahngestellter (V. S. E. A.) waren erkannt; eine Delegation seines Vorstandes verhandelte mit dem Aktionskomitee und verlangte die Verschiebung des Streikes. Zu welchem Zwecke, weiß man heute. Das Ansinnen wurde abgelehnt! Ein Vertreter des dem Gewerkschaftsbunde nicht angehörenden Lokomotivführervereins sprach sich gegen den Streik aus; auch hier wurde mit einem unbekanntem Faktor gerechnet. Die Unterbindung des telephonischen und telegraphischen Verkehrs mit den lokalen Streikleitungen wurde schon zu Beginn des Streikes erwartet. Auch die Haltung der Truppen den Streikenden gegenüber war eine unbekannte Größe. In voller Erkenntnis aller Schwierigkeiten und der Tragweite des Kommenden wurde einmütig, in namentlicher Abstimmung, der Landesstreik beschlossen. Es war für uns ein erheben-

Der Moment, endlich einmal eine entschlossene Kampfstimmung zu sehen. Der Zusammenbruch traf uns dann um so härter.

Die Streikproklamation wurde erlassen! Wie ein Mann folgte ihr die Arbeiterschaft. Mit einer Begeisterung sondergleichen wurde der Kampf aufgenommen. Im ganzen Lande ruhte die Arbeit, aus allen Gegenden kamen die günstigsten Nachrichten. Die schweizerische Arbeiterschaft entfaltete einen Elan, wie er nicht erwartet werden konnte. Auch in der Westschweiz ruhte die Arbeit vollständig, was niemand zu hoffen wagte, trat ein. Schon am Mittag des ersten Streiktages durfte von einem geradezu glänzenden Gelingen des Streikes gesprochen werden. Die Kommunikationsmittel zwischen der Zentrale und den lokalen Streikleitungen funktionierten, wenn auch unter Aufsicht. Als am Morgen des zweiten Streiktages Bureau und Telephon des Aktionskomitees gesperrt wurden, trafen aus allen Richtungen Kuriere ein, vermittelst neutralen Telephonstationen konnte die Verbindung mit den größeren Orten aufrecht erhalten werden. Die Berichte lauteten aus allen Gegenden günstig. Die Kampfstimmung der Massen steigerte sich fortgesetzt. Die Geschlossenheit war eine vollständige. Es ist deshalb unrichtig, wenn Genosse Suggler im „Signal“ erklärt, das Aktionskomitee sei von der Außenwelt abgeschnitten gewesen. Wenigstens die Mitglieder nicht, die im Hauptquartier anwesend waren.

Die Forderungen.

Von verschiedenen Seiten sind die Forderungen, die durchgesetzt werden sollten, angefochten worden. Das politische Bürgertum und

seine Presse bezeichnen das Programm als einen zur Rechtfertigung des Streikes vorgeschobenen Wortwand. Uns sei es um die Erringung der absoluten politischen Herrschaft zu tun gewesen. Aus unseren Reihen ertönt die Kritik von anderen Gesichtspunkten aus. Einmal sei das Programm wiederum aus dem Handgelenk geschüttelt worden, einzelne Forderungen ständen im Widerspruch mit unserer bisherigen Politik, und zum anderen gingen die Forderungen zu wenig weit. Die Behauptungen der Bürgerlichen stimmen nicht.

Schon am 5. November, als die Provokationen des Bundesrates noch gar nicht bekannt waren, beschäftigte sich das Aktionskomitee mit einem neuen Aktionsprogramm. Die erfolgten Angriffe auf die Politik des Aktionskomitees seit dem Basler Kongreß erforderten eine Klärung der Situation und eine unzweideutige Entscheidung der schweizerischen Arbeiterschaft. Das Aktionskomitee wollte diese Klärung herbeiführen und entschloß sich, ein erläutertes Programm aufzustellen, auf Grund dessen ein zweiter Arbeiterkongreß den Entscheid hätte fällen sollen. Genosse Grimm wurde mit dem Entwurf des Programms, das in großen Zügen durchbesprochen wurde, beauftragt. Es konnte sich in diesem Stadium der Entwicklung, angesichts der politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen, nicht mehr nur auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Massen beschränken, die Vermehrung des politischen Einflusses in der gesetzgebenden wie in der vollziehenden Behörde mußte ein Hauptziel sein. In der Periode der wirtschaftlichen und politischen Neuorientierung muß die Arbeiterschaft einen bestimmenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte auszuüben ver-

mögen, da jetzt die Richtung der Politik für Jahrzehnte bestimmt wird.

Bevor die Broschüre vorlag, überstürzten sich die Ereignisse. Die Forderungen, in der Streikproklamation aufgestellt, entsprechen den Grundsätzen des in Aussicht genommenen Programms. Bei ihrer Beurteilung darf man eines nicht vergessen: der Streik sollte uns nicht in den Besitz der absoluten politischen Macht setzen; so hoch waren die Ziele nicht gespannt. Das Programm richtete sich an eine mehrheitlich bürgerliche Regierung, in der die klassenbewusste Arbeiterschaft immerhin eine starke Vertretung erhalten sollte. Was in dieser Beziehung heute als „KonzeSSION“ herumgeboten wird — zwei von neun Bundesräten — ist für uns unannehmbar. Vier von neun entspräche eher den gegebenen Verhältnissen. Einem solchen Kräfteverhältnis mußten auch die Forderungen entsprechen, da es sich nicht um programmatische Endziele, sondern um sofort zu verwirklichende Postulate handelt. Wir zweifeln überhaupt daran, ob die geforderte Koalitionsregierung imstande gewesen wäre, nur dieses Programm zu verwirklichen, da es in einzelnen Punkten an die Wurzeln der heutigen Ordnung greift.

Auch uns ging es zu wenig weit. Wir verlangten außer den bekannten Punkten die Monopolisierung der Banken und gewisser, bereits jetzt vollständig vertrusteter Industrien, die Aufhebung der kantonalen Souveränität in Wirtschaftsfragen und die Schaffung von eidgenössischen Organen zur Durchführung notwendiger wirtschaftlicher Maßnahmen. Aus taktischen Gründen beliebten diese Forderungen nicht. Schon dieser Umstand dürfte auch dem objektiv urteilenden Gegner zeigen, um was es sich

bei diesem Kampfe handelte. Eines geben wir den Kritikern aus unseren Reihen zu, daß bei größerer Mühe die eine oder andere Forderung präziser oder anders gefaßt worden wäre.

Der Zusammenbruch.

In der Nacht vom 13. auf den 14. November erfolgte der Zusammenbruch der Führung. Eingeleitet wurde er aber schon zu Beginn der Bundesversammlung. Wir waren nie der geäußerten Meinung, die Fraktion hätte aus dem Nationalrat wegbleiben sollen. Nein! Ihre Aufgabe war, dort den Standpunkt der Streikenden mit aller Schärfe und unge schminkt darzulegen. Sie hatte als Sprachrohr der kämpfenden Massen zu fungieren. Fraktion und Massen mußten eins sein. Statt dessen trieb die Fraktion Politik auf eigene Faust. Sie verständigte sich nicht einmal mit dem Aktionskomitee in seiner Gesamtheit. Das Aktionskomitee als Körperschaft hatte zu der Taktik der Fraktion nichts zu sagen, was uns zu wiederholten Protesten Veranlassung gab. Die gewöhnliche parlamentarische Manövrier tätigkeit begann und erreichte denn auch glücklich das Gegenteil dessen, was man erstrebte.

Die gestellten Anträge erweckten den Eindruck der Unsicherheit, doppelt gefährlich in einem Moment, wo die Massen in dieser Geschlossenheit auf der Straße standen. Statt rücksichtsloser Kampfansage wurde labiert, politische Kulissen geschoben und die reaktionäre Gesellschaft zu überreden gesucht. Takt- und Verständigungsversuche — wo es geben konnte — wechselten miteinander ab. Der Gegner erkannte diese Unsicherheit und richtete

sich darnach ein. Diese Politik hat sicher beige-
tragen, den Widerstand und die Unbeugsamkeit
der Reaktion zu stärken und gab ihr den Mut,
das bekannte Ultimatum an das Aktions-
komitee zu richten.

Unter diesem Eindruck begann die entschei-
dende Sitzung. Wir werden diese Nacht im Le-
ben nie vergessen. Es war ein Zusammenbruch,
wie er fürchterlicher nicht gedacht werden konnte.
Nach leidenschaftlichem Ringen kam der be-
kannte Beschluß zustande. Der Kampf wurde,
ohne daß er seinen Höhepunkt erreicht hätte, be-
dingungslos auf ein unverschämtes, die Ar-
beiterschaft entehrendes Ultimatum des Bun-
desrates hin abgebrochen.

Die Gründe dazu? Genosse Suggler legt sie
in längeren Ausführungen im „Signal“ dar.
Die hauptsächlichsten wollen wir hier auszugs-
weise anführen: „Die Berichte lauteten, soweit
es sich um den Streik und die Haltung der Strei-
kenden handelte, im allgemeinen günstig. Ver-
einzelte Meldungen aus entlegenen Orten lie-
ßen darauf schließen, daß vereinzelte Streik-
gruppen nicht mehr zuverlässig seien.
Von Luzern wurde berichtet, daß die Eisenbah-
ner um Intervention beim Bundesrat er-
sucht hätten. (Was unrichtig ist!) Dagegen lagen
über die Haltung des Militärs die denkbar un-
günstigsten Berichte vor. Gegen ½10 Uhr
erhielten wir die Meldung, daß in Grenchen
auf die Streikenden geschossen werde und
bereits vier tot und zahlreiche schwer verletzt
vom Kampfplatz getragen worden seien. Von
Gerslingen, daß Lastautomobile mit Mu-
nition dorthin gefahren werden.“

„Die vier Waadtländer Bataillone waren bis
Moudon gelangt, wo zahlreiche Kraftwagen
ihrer harrten, um sie am folgenden Morgen

rascher nach Bern und Biel zu bringen. Auch in Solothurn hieß es, daß Zusammenstöße zwischen Streikenden und Militärs stattfänden. Ebenso wurde von Brugg (bei Biel) eine Schießerei gemeldet. Natürlich hatte das Aktionskomitee keine Möglichkeit, diese Mitteilungen auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Es stand jedoch außer allem Zweifel, daß der größte Teil auch der in Bern befindlichen Truppen auf die Streikenden losgehen werde, sobald Massenverhaftungen das Signal zum Konflikt geben würden... Wir sahen einen Kampf zwischen Bauern u. Arbeitern, Militär u. Streikenden, Deutsch und Welsch sich entwickeln, bei dem für den größeren Teil des Landes die unbewaffneten Arbeiter zu kurz kommen mußten.“ Soweit Suggler.

Es wurden von der Mehrheit noch andere Argumente beigebracht. Der Kampf sei materiell nicht ergebnislos, eine allgemeine Amnestie werde Sand über das Vergangene streuen, der Bundesrat werde entgegenkommen. Jetzt materiell mehr herauszuholen, sei unmöglich. Suggler zieht folgende Schlußfolgerung: „Ebenso war die Mehrheit des Aktionskomitees der Ansicht, daß uns wohl die Kompetenz für die Durchführung des Landesstreiks zustand, dagegen hätten wir nicht das Recht, diesen fortzusetzen, auch wenn er in einen Bürgerkrieg ausarte, dessen Ausgang für keinen vernünftig denkenden Genossen zweifelhaft sein konnte.“ Wir haben den Genossen der Mehrheit den guten Glauben immer zugebilligt und tun das heute noch. Sie haben wie die anderen ihre Existenz und ihre Freiheit aufs Spiel gesetzt. Aber das kann uns nicht hindern zu erklären, daß, objektiv betrachtet, ihre Haltung auf eine Irreführung der

Arbeiterschaft hinausläuft. Entweder wurde sie begangen, als sie für den Streik stimmten, oder als sie den Beschluß faßten, den Kampf bedingungslos abzubrechen.

Entweder sind ihre Argumente richtig; dann durfte man mit ihnen nicht erst nach dem Ausbruch des Kampfes, sondern vor seiner Auslösung rechnen. Und man hat mit ihnen gerechnet, denn kein vernünftiger Mensch glaubte an eine widerstandslose Kapitulation der heutigen Behörden, und ist trotzdem zur Proklamation des Streikes geschritten. Waren sie so schwerwiegend, um den glänzend stehenden Streik gegen den Willen der Arbeiterschaft abzubrechen, dann durfte er nicht erst ausgelöst, den Massen nicht die materiellen und seelischen Opfer auferlegt werden. Oder die Argumente sind nicht zwingend und dann hat die Mehrheit bewiesen, daß sie nicht fähig war, die Situation richtig einzuschätzen. Im einen wie im anderen Falle hat sie sich zu verantworten. Entweder ist die Proklamation des Streikes, in voller Erkenntnis der möglichen Folgen, ein unverzeihliches Abenteuer, oder der Abbruch objektiv ein Verrat der Führung an der kämpfenden Arbeiterschaft.

Suggler gibt selbst zu, daß die Haltung der Streikenden eine gute und der Stand des Kampfes ein günstiger war. Gewiß, eine Verschärfung des Kampfes wäre mit Donnerstag eingetreten. Der Bundesrat, gestützt durch die Bundesversammlung, war zu allem bereit. Das Aktionskomitee wäre verhaftet worden. Aber am Willen der Arbeiter, nicht ins Joch zu gehen, die Arbeit nicht aufzunehmen, wäre ihre Macht

gescheitert. Die Haltung des Militärs war nicht so eindeutig, wie die Mehrheit annahm — sie wird sich immer erst im Moment des Zusammenstoßes offenbaren — die Arbeiter der westlichen Schweiz hätten noch einige Tage ausgehalten. Der Bürgerkrieg brauchte aus der Fortführung des Kampfes nicht zu resultieren. Die Arbeiterschaft wie das Aktionskomitee wollten ihn keinesfalls. Die lokalen Streikleitungen hatten die Massen in der Hand, so daß der Streik noch ohne ernstere Zusammenstöße hätte weiterdauern können. Materiell mußte die Fortführung des Kampfes Konzessionen bringen, zum mindesten die Amnestie. Ob bedingungsloser Abbruch auf das Ultimatum des Bundesrates hin oder spätere Unmöglichkeit, den Kampf weiterzuführen, die Reaktion war auf alle Fälle da. Aus diesem Grunde abzubrechen, war eine Verkennung der Situation. Strafrechtliche und wirtschaftliche Maßregelungen der Streikenden in beiden Fällen die Folge.

Diese Einwendungen wurden als unrichtig zurückgewiesen. Bald zeigte es sich, wer die Situation besser zu beurteilen verstand, die Minderheit oder die Mehrheit. Der Schlotter saß dem Bürgertum in allen Gliedern trotz seiner Maschinengewehre und Bajonette. Die Kapitulation des Aktionskomitees wurde von Calonder in der schmähdlichsten Weise verbreitet; aus Freude über das Weichen des Aufdruckes; die Reaktion triumphiert hinterher! Gegen Führung und Streikende wird mit Strafrechtsparagrafen und wirtschaftlichen Schädigungen vorgegangen. Man fühlt sich als Sieger und will am Gegner sein Mütchen kühlen. Die von der Mehrheit sicher erwartete Amnestie blieb aus.

Angenommen, die Argumentation der Mehrheit wäre in allen Teilen richtig: Auf das

unverschämte Ultimatum des Bundesrates hindurfte der Streik nicht abgebrochen werden. Darauf gab es nur eine Antwort: Weiterführung des Kampfes! Das Aktionskomitee wäre verhaftet worden, ein anderes hätte im Notfalle den Streik liquidieren können. Die Erbitterung der Massen wäre eindeutig gegen die Erwürger des Kampfes geleitet worden. Die Kampfesentschlossenheit wäre gewachsen, die Massen unlösbar zusammengeschweißt worden. So richtet sich ein Teil der Erbitterung gegen die Führung der Bewegung, eine innere Auseinandersetzung wird nötig. Das eine wenigstens ist nicht eingetreten, was wir befürchteten, Mutlosigkeit und Ueberdruß am Kampf. Im Gegenteil!

Mitmachen konnten wir eine solche Politik keinen Moment länger. Gleichen Tags übergaben wir dem Präsidenten des Aktionskomitees eine Erklärung, die der historischen Vollständigkeit wegen hier angeführt sei: „Der allgemeine Landesstreik, eine grandiose Machtentfaltung des schweizerischen Proletariats, wurde entgegen der erprobten Kampfesentschlossenheit der Arbeiterschaft, auf das unverschämte Ultimatum des Bundesrates hin, abgebrochen. Die gestellten Forderungen sind weder ganz noch zum Teil in einer Vertrauen erweckenden Form bewilligt.

„Mit dieser, meiner Ueberzeugung nach die Reaktion stärkenden und die Arbeiterschaft desorientierenden Politik des Aktionskomitees, der Nationalfraktion und des Bundeskomitees des Gewerkschaftsbundes kann ich mich unter keinen Umständen einverstanden erklären. Dem reaktionären Gewaltstandpunkte des Bundesrates und der Bundesversammlung hätte mit

der entschlossenen und verschärften Weiterführung des Kampfes geantwortet werden sollen. Das ist nicht geschehen.

„Unter diesen Umständen kann ich dem Oester Aktionskomitee nicht mehr angehören.

F. Schneider, Redakteur.“

Mehr als der Landesstreik ist zusammengebrochen. Er hat mit einer überlebten Politik aufgeräumt. Ein System, die Taktik des Labierens und der Kompromisse, des diplomatischen Fädenspinnens, verbunden mit einer objektiven Unehrllichkeit der Masse gegenüber, hat ein schmähhches Ende erreicht. Die Politik des Redens, ohne daraus alle Konsequenzen zu ziehen, des Manövrierens der Führer über die Köpfe der Arbeiter hinweg, ist erledigt. Daß sie tüchtige und tatkräftige Genossen in den Augen der Massen kompromitierte, ist bedauerlich.

Die Masse hat sich als reifer erwiesen, als die Führung annahm. Die Zeit ist nun vorbei, wo die Führer für sie handeln. Sie tritt nun selbst auf den Plan. Die Führung erhält einen anderen Charakter: Nicht dem Fühlen und Denken der Arbeiter entrückte Genossen können in Zukunft, auf blindes Vertrauen bauend, nach Herzenslust experimentieren und womöglich die proletarischen Ziele verwischen. Als Vertrauensmänner der aufgerüttelten, kampfbereiten Massen muß sie zu ihrem Sprachrohr, ohne Vorbehalte, werden. Sie darf nicht die überlegene Vorsehung spielen wollen, sich aber auch nicht zu Sklaven momentaner Stimmungen machen.

Die Zeit des offenen und ehrlichen Massenkampfes, der die Spreu vom Weizen scheidet und in der Erringung der politischen Macht mündet, ist angebrochen.

Die Ergebnisse.

Einige Worte noch über die Resultate des Kampfes, da sie naturgemäß am meisten umstritten sind. Der Streik wurde bedingungslos abgebrochen, dem Aktionskomitee keine Zugeständnisse gemacht. Das darf nie aus den Augen gelassen werden. Und doch sind Ergebnisse vorhanden materiellen und ideellen, positiven und negativen Charakters. Betrachten wir zunächst die materiellen Resultate, die mager genug sind. Der Bundesrat ist mit einer „angemessenen“ Vertretung der Arbeiterschaft in seiner Behörde einverstanden. Was „angemessen“ ist, wird natürlich von der bürgerlichen Mehrheit bestimmt. Die Dezembersession der Bundesversammlung soll das Proporzgesetz erledigen. Ob das der Fall sein wird, hängt vom guten Willen der reaktionären Mehrheit ab. Wie es aussieht ebenfalls. Die Beschlüsse der Expertenkommission mahnen auf alle Fälle zur Vorsicht.

Ob vorzeitige Neuwahlen des Nationalrates auf Grund des Proporzgesetzes stattfinden, ist ins Belieben der Bundesversammlung gestellt. Sie weist eine zu allem entschlossene reaktionäre Mehrheit auf. Ginstweilen glauben wir nicht an ihre Befehrung. Arbeiter und Unternehmer sollen sich unter der Obhut des Bundesrates über den Nachtstunden tag verständigen. Was dabei herauskommt, wissen diejenigen, die um einige Minuten Arbeitszeitverkürzung wochenlang streiken mußten. Alles an-

dere wird einer „wohlwollenden“ Prüfung unterzogen. Das Maß des Wohlwollens bestimmen nicht die Arbeiter. Gemessen an den gestellten Forderungen ist das materielle Ergebnis klein genug, die Fortführung des Kampfes hätte mehr gebracht.

Ideell ist die rüchhaltlose Solidarität des arbeitenden Volkes ein glänzendes Ergebnis. Alles Kleinliche verschwand im Kampfe; die großen Ziele der Bewegung vor Augen, war die Masse bereit, ihr Letztes zu opfern. Ein Hingeben ans Ganze beseelt die Proletarierherzen. Alles Trennende ist vergessen, die Kampfbegeisterung ein realer Faktor; der Egoismus des einzelnen zugunsten der allgemeinen proletarischen Ziele zurückgedrängt. Das Selbstbewußtsein des Proletariers hat den Sklavensinn beseitigt. Er hat sein Menschentum, seinen Menschenwert entdeckt!

Positiv ist die klare Scheidung der Geister ein Erfolg. Keine Verwischung der Gegensätze mehr, jeder weiß, wohin er gehört. Zwei geeinte Lager stehen einander gegenüber: Reaktion und Fortschritt, Gegenwart und Zukunft. Man darf sich nicht durch die Friedensschalmeien und die Hochflut sozialpolitischer Reformplänchen des Bürgertums irreführen lassen. Sie sind darauf berechnet, die Unsicheren von uns abzusprengen. Allerdings ein vergebliches Bemühen, nach allem, was das arbeitende Volk unter der Herrschaft dieser Herren erlebt hat. Aber auch in der Anerkennung unserer Macht durch die Gegner liegt ein positiver Erfolg. Galonder hat das schon in der Bundesversammlung tun müssen. Dr. Laur macht ihr in der „Bauern-Zeitung“ ebenfalls seine Reverenz, indem er schreibt: „Wir anerkennen, daß

die schweizerische Sozialdemokratie in diesem Generalstreik ihre Macht und Stärke gezeigt hat. Sie ist groß.“

Die negative Seite des abgebrochenen Kampfes haben wir bereits dargelegt, sie liegt im Zusammenbruch der bisherigen Taktik. Besteht der Arbeiterkongress die Zeichen der Zeit, läßt sich dieses Manö in ein Aktikum umwandeln. Wie das, unserer Ueberzeugung nach, zu geschehen hat, legen wir im letzten Abschnitt unserer Abhandlung dar.

Was nun?

Der zu Ende gegangene Großkampf des schweizerischen Proletariates ist keine Niederlage der Arbeiterschaft. Aufrecht und Kampfesentschlossen steht sie da, gewillt den Kampf weiterzuführen. Die Massen haben begriffen, daß wir auch in unserem Lande im Stadium der Entscheidungskämpfe zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft stehen. In Rußland und Deutschland endeten diese Kämpfe mit dem Sieg des arbeitenden Volkes. Es übt die politische Macht aus. Auch in den Ländern der Entente erwacht die Arbeiterschaft aus ihrer Erstarrung. Ihre Regierungen mögen heute noch, vermittelt der Glorie des imperialistischen Sieges, die Massen blenden oder sie mit Gewalt unterdrücken; die Regierung der „ältesten Demokratie der Welt“ mag ihnen dabei Bütteldienste leisten, der Zeitpunkt ist trotz allem nicht mehr fern, wo auch ihre imperialistische Macht am Willen der Arbeiterklasse zerschellt.

Wir leben in einem kleinen Lande, dessen Geschichte zum kleinsten Teil von ihm selbst bestimmt wurde. Die internationale Lage

ist für die Gestaltung seiner politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und damit der Geschichte der Arbeiterklasse von größter Bedeutung. Unsere herrschende Klasse hat sich in der ersten Hälfte des Krieges rückhaltlos den Deutschen als den Stärkeren angeschlossen. Jetzt steht sie ebenso fest zu der Entente, weil diese sich als mächtigerer Schutzpatron der kapitalistischen Ordnung erweist.

Es ist die geschichtliche Aufgabe auch der schweizerischen Arbeiterschaft, im Kampfe die politischen Verhältnisse derart zu gestalten, daß es ihr möglich ist, die wirtschaftliche Diktatur einer Minderheit zu beseitigen. Die ökonomische Krise ist dazu vorhanden. Die heutigen Kämpfe sind nur Symptome des Widerspruches, der sich in unserer Gesellschaftsordnung mehr und mehr herausbildet. Unsere Aufgabe kann es nicht sein, zu warten, bis das europäische Proletariat die Schlacken einer zusammengebrochenen Welt auf die Seite räumt. Heute werden die Fundamente einer neuen Welt gelegt. Die Arbeiterschaft muß einen entscheidenden Einfluß ausüben, will sie die Verwirklichung des Sozialismus nicht auf Jahrzehnte verschieben. Deshalb kann es sich in unserem Kampfe nur um eines handeln: Die baldige Erringung der politischen Macht!

Darüber ist man sich in unseren Reihen einig; nicht aber über den Weg. Zwei Fragen hat der Arbeiterkongreß zu entscheiden: eine organisatorisch-technische und eine grundsätzliche. Wir wiesen bereits darauf hin, daß im heutigen Stadium des Klassenkampfes die völlige Scheidung in wirtschaftliche und politische Fragen nicht mehr zugänglich ist. Das bestimmt auch unsere Organisationsform. Wir reden nicht

einer Verschmelzung von Partei und Gewerkschaften das Wort. Beide Gruppen der Bewegung haben ihre besonderen Aufgaben noch nicht gelöst. Was durch die Einsetzung des Clintoner Aktionskomitees begonnen, muß dauernd verankert werden. Es ist eine dauernde, aus Partei- und Gewerkschaften bestehende Organisation zu schaffen, deren oberstes Organ der Arbeiterkongreß ist, der auch die Oberleitung (Aktionskomitee) zu wählen hat. Den Arbeiterunionen ist ein größerer Einfluß auf die Gesamtbewegung einzuräumen, als das bisher der Fall war.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß alle Kreise der Partei und Gewerkschaften gemäß den vom Arbeiterkongreß zu bestimmenden Richtlinien den Kampf im Einvernehmen mit der Oberleitung zu führen haben. Es darf nicht mehr vorkommen, daß einzelne Körperschaften in Kämpfen, wo es ums Ganze geht, aus der Reihe tanzen. Ueber die Organisation wird noch zu reden sein.

Wiel wichtiger ist die grundsätzliche Seite. Seit dem Landesstreik lamentiert das Bürgertum über die Vergewaltigung von Demokratie und Verfassung durch uns. Es verweist uns mit den gestellten Forderungen auf den „verfassungsmäßigen“ Weg. Aus unserer Reihen hat es Sukkurs erhalten. Damit ist das Problem zur Diskussion gestellt, das in Rußland und Deutschland die Gemüter erregt und in der demagogischen Frage: Demokratie oder Diktatur? gipfelt. In Wirklichkeit handelt es sich nicht um Demokratie schlecht hin, sondern um bürgerliche oder sozialistische Demokratie. Die bürgerliche Demokratie ist nichts anderes als eine politische Form der wirtschaftlichen Herrschaft der Kapitalisten. Wirkliche De-

demokratie ist im Zeitalter des Kapitalismus unmöglich. Ihre Voraussetzung ist die Schaffung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Nicht umsonst klammern sich die Herrschenden an die demokratischen Formeln, wenn es gegen die Arbeiterklasse geht. Die heutige Verfassung ist der politische Oberbau der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das eine verteidigen, heißt das andere billigen!

Eine unterdrückte Klasse darf sich niemals an die von ihren Ausbeutern erlassenen Gesetze klammern. Sie hat das sittliche Recht, sich dagegen aufzulehnen. Durch Initiative, Referendum und allgemeines Stimmrecht allein werden wir die Vorherrschaft der besitzenden Klasse nie zu brechen vermögen. Sobald es sich darum handelt, die Kapitalsherrschaft auszurotten, dann beginnt der offene Kampf. Der Besitz wird niemals freiwillig abhanden, er wird den Bürgerkrieg auch gegen die Mehrheit des Volkes proklamieren.

Wir stellen uns absolut auf den Boden der Demokratie, aber nicht auf den der bürgerlichen, sondern der sozialistischen Demokratie. Wir sind auch prinzipielle Gegner jeder dauernden Klassenherrschaft. Aber das kann uns nicht hindern, die Notwendigkeit einer vorübergehenden Diktatur auch für unser Land zu betonen, weil sie die klassenlose Gesellschaft, die Voraussetzung jeder wirklichen Demokratie, vorzubereiten hat. Wir befinden uns deshalb in keinem Widerspruch mit unseren demokratischen Prinzipien, wenn die Arbeiterklasse auch unseres

Landes, mittelst der organisierten Verweigerung der Arbeitskraft, die bürgerliche Herrschaft derart erschüttert, daß ihr die politische Macht entrisßen werden kann. Zudem wäre bei uns heute schon die politische Macht in den Händen der klassenbewußten Arbeiterschaft nicht die Diktatur einer Minderheit, wie fälschlicherweise immer behauptet wird. Unsere Ziele liegen im Interesse des überwiegenden Teiles des Schweizervolkes. Viele, die heute indifferent oder aus Unkenntnis Mitläufer des Bürgertums sind, gehören ihrer Klassenlage nach zu uns. Unsere Wirtschaftspolitik müßte sie mit unserer Macht aussöhnen, damit stände die große Mehrheit des Volkes hinter uns.

Die Befreiung des arbeitenden Volkes kann nur durch die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln erfolgen. Dies geschieht nicht von einem Tag auf den anderen, sondern in einem etappenweisen Abbau der heutigen Ordnung. Die Voraussetzung dazu ist die politische Macht in den Händen des klassenbewußten Proletariats. Darum geht der Kampf heute und morgen! Deshalb kann es für die Arbeiterschaft kein Zurückbuchstabieren, sondern nur ein Vorwärtsschreiten auf der beim Landesstreik beschrittenen Bahn geben. Gegenwart und Zukunft, Bourgeoisie und Proletariat ringen auf Tod und Leben miteinander. Nur der entschlossene, vor nichts zurückschreckende Kampf bringt uns den Sieg! Das bedeutet nach dem Willen der Arbeiterschaft nicht Mord und Totschlag. Geht es nach ihr, dann wird kein Tropfen Blut vergossen, wie sie auch nicht mit roten Garden die Bauern ausrauben wird, mit welcher Behauptung Saur die Bauern aufhezt.

Am kommenden Arbeiterkongreß ist die Liquidation der bisherigen schwankenden Politik zu vollziehen. Gleichzeitig sind die Richtlinien für die kommenden Kämpfe zu ziehen. Da muß es sich um mehr handeln als das letzte Mal. Das neue Aktionsprogramm hat nach unserer Ueberzeugung folgende Punkte zu enthalten:

1. Erringung der politischen Macht in Bund und Kantonen mittelst des wiederholten, organisierten und diszipliniert durchgeführten Massenstreiks, durch Einsetzung einer mehrheitlich sozialistischen Regierung.

2. Die neue Regierung hat sofort durchzuführen:

- a) die allgemeine Arbeitspflicht; Konfiskation des arbeitslosen Einkommens; Sicherung des zum Leben notwendigen Einkommens für jedermann, der eine gesellschaftlich nützliche Arbeit leistet.
- b) Achtstundentag in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen.
- c) Hebung der Produktivität der einheimischen Landwirtschaft unter Sicherung des Ertrages der bäuerlichen Arbeit; Sicherstellung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten; Verstaatlichung der Hypotheken und deren planmäßige Tilgung, bis der Zins in eine mäßige Abgabe an Staat und Gemeinde übergeht.
- d) Sozialisierung der Banken, des Versicherungswesens und bestimmter Industrien.

- e) Monopolisierung des Imports und Exportes.
- f) Aufhebung der kantonalen Souveränität in Wirtschaftsfragen.
- g) Sicherstellung der Existenz der Alten, Invaliden, Witwen, Waisen und Arbeitslosen.
- h) Vollständige Tilgung der Staatsschulden durch den Besitz.
- i) Zwangseinbürgerung aller über ein Jahr in der Schweiz wohnhaften Ausländer, sofern sie das Schweizerbürgerrecht nicht ausdrücklich ablehnen.

3. Die neue Regierung hat vorzubereiten und nach Sicherstellung der Kampfergebnisse einzuberufen:

die verfassungsgebende Versammlung auf Grund des aktiven und passiven Wahlrechtes aller über 20 Jahre alten Schweizerbürger und Schweizerbürgerinnen, nach Maßgabe des Proporzses.

Das ist ein Übergangsprogramm! Es wird zu gegebener Zeit noch zu erläutern sein. Aufgabe der verfassungsgebenden Versammlung ist es, unser Schweizerhaus vollständig nach sozialistischen Grundsätzen auszubauen. Dieses Programm bedeutet den unerbittlichen Kampf mit der Bourgeoisie. Das darf uns nicht schrecken! Um ihn herumkommen wir unter keinen Umständen, auch dann nicht, wenn die Rezepte der Kleinbürger inner- und außerhalb der Partei befolgt werden. Und nun soll die Arbeiterschaft selbst entscheiden und diejenigen Garantien schaffen, die zum Sozialismus führen.

Durch Kampf zum Sieg!